

Ein Bundesintegrationsministerium ist wenig wahrscheinlich
- Migranten und Experten für Aufwertung der Integrationspolitik

Von Daniel Karl Jahn

Berlin, 8. Oktober (AFP) - Eines ist dem ehemaligen Berliner Finanzsenator und Bundesbankvorstand Thilo Sarrazin (SPD) mit seinen umstrittenen Äußerungen über Migranten gelungen: Über die Integration wird wieder heftig diskutiert. Dennoch drohen die Themen Integration und Migration in den Koalitionsverhandlungen ein Randaspekt zu bleiben. Dabei hatte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) die Integration als "wirkliches Schlüsselthema der Zukunftsfähigkeit Deutschlands" identifiziert.

Migranten und Migrationsforscher würden eine deutliche Aufwertung der Integrationspolitik durch ein eigenständiges Ministerium begrüßen. Doch der lange Titel der Koalitionsarbeitsgruppe von Staatsministerin Maria Böhmer (CDU) und FDP-Politiker Hans-Joachim Otto verheißt in der Hinsicht nichts Gutes: Familie, Integration, Kultur, Neue Medien. Nach Integrationsministerium klingt das nicht.

"Wir sagen schon lange, dass wir ein eigenständiges Ministerium für Integration und Migration brauchen", sagt Kenan Kolat, Vorsitzender der Türkischen Gemeinde in Deutschland. Eine Verankerung im Familienministerium wäre aus seiner Sicht aber auch eine Lösung. "Ich sage dazu immer 'Konsonantenministerium' - also etwa ein Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Migranten."

Voraussetzung sei aber, dass es sich nicht um eine "reine Erweiterung des Namens" handele, fordert Kolat. Das Ressort müsse über "die entsprechenden Werkzeuge" verfügen. So müsse ein so zugeschnittenes Familienministerium vom Innenministerium die Zuständigkeit für das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) in Nürnberg übernehmen, erläutert Kolat.

Auch der Migrationsforscher Klaus Bade hält ein solches Ministerium unter bestimmten Voraussetzungen für sinnvoll - nämlich dann, "wenn es kraftvoll ausgestattet und nicht eine Verlegenheitslösung ist", sagt der Vorsitzende des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR). Es müsste ein "wirkliches Querschnittsministerium" für Integration und Migration sein, das "entsprechend ausgestattet" und mit den für die Integration wichtigen Bereichen verbunden wäre. Denkbar seien ein Staatssekretärsausschuss oder sogar eigene Zuständigkeiten.

Unsinnig wäre dagegen ein Zuschnitt, der die Zuständigkeiten trenne, sagt Bade. "Wenn man die Integration aus dem Bundesministerium des Innern herausnehmen würde und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge mit der institutionellen Zuständigkeit für Integration beim Innenministerium ließe, dann hätte man den Integrationsbereich praktisch komplett gespalten."

Eine andere Möglichkeit, den Themen Integration und Migration künftig mehr Gewicht zu verleihen, wäre eine "Aufwertung des Amtes der Integrationsbeauftragten", sagt Bade. Als ein Vorbild führte er das Amt des Kulturstaatsministers an, das "in stärkerem Maße institutionalisiert ist".

Ähnlicher Ansicht ist der Vorsitzende der Integrationsministerkonferenz der Länder, der nordrhein-westfälische Ressortchef Armin Laschet (CDU). "Ein Ministerium, das nur nominell irgendwo angehängt wird, bringt nichts", sagt Laschet. Integration müsse "eine Querschnittsaufgabe in der Bundesregierung" und durch den neuen Minister so verankert sein, dass er "mit allen Ressorts zusammenarbeiten kann". Ein eigener Name habe eher symbolische Funktion.

Wenn nicht gleich ein ganzes Ministerium, dann soll es nach Ansicht von Experten wenigstens ein starker Zuständigkeitsbereich mit einem starken Kopf werden. Gefragt ist ein Politiker mit Migrationshintergrund. "Absolut sinnvoll wäre das - und von ganz außerordentlicher Symbolwirkung", sagt Bade. Auch Laschet hält es für wichtig, dass die "Erfolgsgeschichten, die wir haben, sichtbar werden".

Sollte alles beim alten und Böhmer Integrationsbeauftragte bleiben, wünscht sich Kolat, dass sie künftig mehr auf die Befindlichkeiten der Migranten einginge - statt "die Meinung der Bundesregierung in die Migrantenszene einzuspeisen".